



Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Velten (Mark).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2756) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltene Pettzeile 20 Pf.

Stuttgart
Mittwoch, den 9. Januar
1895.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zetkin (Eigner), Stuttgart, Rothbühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurlhbach-Straße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Einladung zum Abonnement.

Mit der vorliegenden Nummer beginnt der fünfte Jahrgang der „Gleichheit“.

Wie bisher so wird die „Gleichheit“ auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit.

Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zu Gunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zu Gunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Der charakteristische Standpunkt, der Standpunkt des Klassenkampfes aber muß in einem Organ für die Interessen der proletarischen Frauen scharf und unzweideutig betont werden. Und dies um so mehr, je mehr sich in letzter Zeit in Deutschland bürgerliche Frauenrechtlerinnen angelegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzessionen an Reformforderungen der Arbeiterinnen Quertreiberei unter die proletarische Frauenwelt tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen.

Gerade aber die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Dem drohenden Ansturm der Reaktion gegen die sozialistische Bewegung zum Trotz; der schon verwirklichten besonderen Reaktion gegen die klassenbewußten Proletarierinnen zum Trotz! Ihrem alten Programm getreu wird die „Gleichheit“ auch im neuen Jahr rufen zu dem Streit, wo „ein Hüben und Drüben nur gilt.“ Wir hoffen, daß sich das Blatt damit die alten Sympathien erhalten und neue Sympathien erwerben wird.

Redaktion und Verlag werden wie bisher Alles aufbieten, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihrer Aufgabe gerecht wird.

Die „Gleichheit“ ist im Reichspostzeitungskatalog pro 1895 eingetragen unter Nr. 2756, im württembergischen Katalog unter Nr. 125 und kostet vierteljährlich 55 Pfennig ohne Bestellgeld.

Probe- und Agitationsnummern der „Gleichheit“ werden jederzeit gratis abgegeben.

Recht zahlreichen neuen Abonnements sieht entgegen

Die Redaktion und der Verlag.

Neues Jahr, neue Kämpfe, neue Siege.

Unter ernstern, bedeutungsreichen Anzeichen ist das alte Jahr zu Ende gegangen, das neue aus der Zeiten Schooß emporgestiegen. Und diese Anzeichen reden sämtlich laut, eindringlich die nämliche Sprache: sie künden das Ende einer alten Welt, das Nahen einer neuen Zeit.

In allen sogenannten Kulturländern ist der Kampf von Klasse zu Klasse, das Ringen zwischen frohdender Arbeit und ausbeutendem Kapital bewußter und damit heißer, erbitterter geworden. Je energischer die Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Willen bekundeten, aus Lohnsklaven des Heute zu Zukunftsfreien zu werden; je zielbewußter sie den Weg beschritten, der zu ihrer Befreiung führt, und je augenscheinlicher die Auflösung der bürgerlichen Ordnung und die geistige, sittliche, politische Altersschwäche der herrschenden Klasse wurde, um so prahlerischer und rettungsheißender schlugen diese an das Schwert der staatlichen Machtmittel, das noch in ihren Händen ruht. Unfähig, die organische Entwicklung der sozialen Verhältnisse über eine Form hinaus zu begreifen, welche für sie die heutige Gesellschaft zur „besten aller Welten“ gestaltet, suchen sie diese organische Entwicklung zu hemmen. Und kraft ihrer Klasseninteressen, welche eine entsprechende Klassenblindheit zeugen, sind die herrschenden Klassen gleichsam geschichtlich gezwungen, aus der Zeiten Lauf nichts zu lernen und nichts zu vergessen. Die Verständnislosigkeit gegenüber den großen Tagesproblemen ist seitens geschichtlich gerichteter Klassen gleich groß, wie seitens geschichtlich verurtheilter Dynastien.

Kämpfe über Kämpfe, die Geburtswehen der neuen Zeit, erwarten deshalb das Proletariat in nächster Zukunft, und nicht zum mindesten gerade in Deutschland, wo die Arbeiterklasse mit mächtigen Schritten vorwärts eilt, dem Ziele zu, während die Besitzenden und Herrschenden am liebsten in das Gesehnen und Ehegestern zurückflüchten möchten. Schon hat die jüngste Vergangenheit einen Vorgeschmack gegeben von dem, was die nächste Zukunft bringen wird.

Proziger als je mißbraucht das Unternehmertum seine wirtschaftliche Macht über Arbeiter und Arbeiterinnen zu ihrer völligen Unterjochung. Ohne Rücksicht auf ihr Menschentum kürzt es ihre Löhne auf ein Hungerminimum, sucht es die Zeit ihrer Frohnarbeit zu verlängern, ihre Arbeitsleistung zu erhöhen. Es ächtet die gewerkschaftlich organisierten und politisch aufgeklärten Arbeitskräfte und strebt danach, die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats zu zertrümmern, seine politische klassenbewußte Bethätigung mit List und Gewalt zu hintertreiben.

Schneidiger, brutaler als seit Langem bringt die Polizei die ganze Machtfülle der ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Anwendung gegen das sich rüstende und kämpfende Proletariat. Mit einer Pflichttreue, welche ihr die Besitzenden Dank wissen, ist sie auf dem Plan, sobald es sich darum handelt, die Ordnung zu schützen, welche den Nichtbesitzenden „heilig“ sein soll, weil sie den Besitzenden „segensreich“ ist.

Scharfsinniger als zu irgend einer Zeit erkennen unsere Herren Richter den wahren Geist, die Absicht, die Aufgabe der Gesetze — in einem Klassenstaat. Mit unvergleichlicher Kunstfertigkeit schälen sie aus dem dichtesten Wust des greulichsten Deutsch die feinsten,

salomonischen Urtheilssprüche heraus, und daß diese meist den Kämpfern für Volksbefreiung und Volksglück nicht günstig lauten, je nun, das ist deren besonderes Pech und geschieht „von Rechts wegen“.

Trotz alledem aber fühlen sich die Nutznießer der heutigen Gesellschaftsordnung nicht sicher in ihrem Besitz. Der Boden schwankt unter ihren Füßen, in ihr Ohr tönt „der Massenschritt der Arbeiterbataillone“, die zur Eroberung ihrer Zukunft ausziehen, Zoll um Zoll wird ihren Händen die politische Macht entzogen und verwandelt sich im Besitze des Proletariats aus einem Werkzeug der Unterdrückung in einen Hebel der Befreiung. Daher die Versuche, durch die deutungsreichsten Kautschukparagrafen das deutsche kämpfende Proletariat von Juristerei und Büttelei innig gefesselt knebeln zu lassen. Wie deutlich offenbart sich nicht in diesen Liebesmühen die schlotternde Angst der herrschenden Klassen von Selbstsackgnaden und das ihnen aufdämmernde Bewußtsein ihres politischen Bankrotts!

Im Gefühl ihrer Ohnmacht gegenüber einer großen geschichtlichen Bewegung tritt die Kapitalistenklasse in das neue Jahr ein. Weber der Champagnerchaum, noch das Bibelbuch oder das Säbelfasseln vermag sie über dieses Gefühl hinwegzutäuschen. Das Proletariat dagegen überschreitet die Schwelle der Sylvesternacht in der festen Ueberzeugung seiner Macht und geleitet von der klaren Erkenntnis seiner geschichtlichen Mission und seines endlichen Sieges. Seine freudige Zuversicht in die Zukunft kann Kettenklirren und das Säusen der Hungerpeitsche, kann politische Nechtung und schwarzes Glend nicht schwächen oder gar erlöschen.

Mögen deshalb die Besitzenden und Herrschenden 1895 fortwurseln, wie sie 1894 begannen: nach den längst überlebten Metternich'schen Rezepten und mit dem Segen des längst überlebten Alten im Sachsenwald. Das deutsche Proletariat fürchtet nicht die Kämpfe, die ihm in der Folge bevorstehen. Wenn es sich auch nicht verheißt, daß sie Opfer kosten werden, schwere Opfer, so weiß es auch, daß sie mit Siegen enden, mit sicheren, geschichtlich verbürgten Siegen. Raslos, unaufhaltsam arbeitet der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung an der Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und dem Emporwachsen des sozialistischen „Zukunftsstaats“. Und mit der Kelle in der einen Hand, dem Schwert in der anderen geht das Proletariat seinem historischen Tagwerk nach, hier und nun ein liebevoller, sorgsamer, gewissenhafter Arbeiter am Bau der Zukunft, dort und jetzt ein energischer, unerschrockener Streiter, der den Kampf nicht scheut, weil er weiß, daß ihm hoher Preis winkt, daß er selbst es ist,

„ — — — von dem zum Siegesfest
Ueber den tosenden Strom der Zeit
Der Heiland Geist sich tragen läßt.“

Wer hat, dem wird gegeben.

i- Wie oft versicherten nicht die Parteien, die das Staatsruder führen, daß sie nur das allgemeine Wohl erstreben, und daß ihnen die Interessen des werththätigen Volkes besonders am Herzen liegen. Aber was hatte das deutsche Volk bis jetzt von diesen Versicherungen? Wohl sind wiederholentlich auf den breiten Rücken des deutschen Michels Peitschenhiebe niedergesaut, welche selbst auf seiner dicken abgehärteten Haut breite Striemen hinterließen, wohl wurde er geknebelt und soll gegenwärtig abermals geknebelt und mundtot gemacht werden. Wohl wurde er seit der Gründung des Deutschen Reiches mit Steuern beladen und mit Zöllen bepackt, daß er unter der Last beinahe zusammenbricht. Neuester windig dagegen sieht es mit den Wohlthaten aus, die dem deutschen Volke wieder und wieder von Denen verheißen werden, die seine Staatsgeschäfte führen. Um so reichlicher floß und fließt noch immer der Staatsseggen des Deutschen Reiches von Gottes Gnaden Leuten zu, die auch sonst durch die mühevollen Arbeit ihrer Knechte und Mägde, ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen mit irdischem Gut ausgiebig gesegnet werden. Als die sozialdemokratische Fraktion den Nothstand der arbeitenden Massen seinerzeit im Reichstag zur Sprache brachte, da war die Antwort: Hohngelächter und Spott. Die Männer am Regierungstische leugneten fest, was sie nicht zu widerlegen vermochten. Wenn aber die Reichen und Mächtigen ihre Stimmen erheben und noch so große Gnadengeschenke aus dem vom Volk gefüllten Staatsfädel heischen — da begegnen sie nichts als dienstbeflissener Zuorkommenheit.

Dies bestätigte unter Anderem wieder einmal die Reichstags-sitzung vom 15. Dezember vorigen Jahres. In ihr stellten die national-liberalen Abgeordneten Paasche und Friedberg an die Regierung eine Anfrage, die, wenn man das Wesen der Sache mit dünnen Worten ausdrückt, lautete: was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um die Profite der armen Zuckerbarone aufzubessern? Auf diese Anfrage hin beeilte sich der Schatzsekretär Graf von Posadowsky sofort sein tiefes Mitgefühl mit den Leiden der hochmögenden, meist adeligen und erlauchten Sippschaft der Zuckerindustriellen zum Ausdruck zu bringen. Dabei ließ er klar durchblicken, daß es an der Bereitwilligkeit der Regierung nicht fehlen solle, mit Reichsbanknoten auf Kosten der Steuerzahler die Wunden zu bepfastern, welche den Profitseelen der Zuckermagnaten durch niedrige Zuckerpreise geschlagen werden.

Wer sind nun diese armen, trostbedürftigen und getrösteten Zuckerfabrikanten? Ein Häuflein vielfacher Millionäre. Nicht selten die Reichsten der Reichen. Die ungeheure Rübenzuckerproduktion Deutschlands, die größte der ganzen Welt, ist in nur 400 Fabriken konzentriert. Durchschnittlich produziert jede Fabrik jährlich Zucker im Werthe von zirka einer Million Mark. Außerdem besitzen viele Zuckerfabrikanten Hunderte, ja Tausende von Hektaren Land.

Warum nun die Klagen, warum die Betteleien der Zuckerindustriellen? Sie wollen, daß der Staat ihnen eine Ausfuhrprämie bezahle. Es werden zwar auch jetzt für jeden Meterzentner Zucker, der dem heimischen Konsum entzogen und dem ausländischen zugeführt wird, vom Staat den Exporteuren 1,25 Mk. bis 2 Mk. bezahlt, aber diese Prämie soll laut Gesetz am 1. August 1895 herabgesetzt und 1897 gänzlich aufgehoben werden. Nicht nur die Beibehaltung dieser Prämie fordern jetzt die Edlen vom Zuckerhut und der Melasse, sondern ihre Erhöhung.

Aber wie die Kosten der Zuckerprämie decken? Durch Erhöhung der inländischen Verbrauchsabgabe auf Zucker, antworten die Gelehrten der kapitalistischen Surplusmacherei, die national-liberalen Professoren Friedberg und Paasche. Der Zucker, den die arme deutsche Näherin in den Kaffee wirft, der oft mit Brot das einzige Gericht ihrer Mahlzeit ausmacht, soll vertheuert werden, damit die Zuckerprohen Hundertmarkscheine für Champagner und Trüffeln auswerfen können!

Der Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Gesellschaft tritt in der Politik, die der kapitalistische Staat in Bezug auf die Zuckerindustrie verfolgt, so recht grell und unverhüllt zu Tage. Deutschland produziert den billigsten Rübenzucker in der Welt. Aber der deutsche Zucker ist nur billig — im Auslande, in Deutschland selbst gelten hohe Zuckerpreise, gelten Zuckerpreise, die im Verhältniß zu den niedrigen Herstellungskosten als ganz ungewöhnlich theuere bezeichnet werden müssen. Warum? Weil der deutsche Konsument bei jedem Kilogramm Zucker 18 Pfg. Verbrauchssteuer zu zahlen hat. Der Zucker, der im Inlande bleibt, wird mit 18 Mk. per Meterzentner (100 Kilogramm) besteuert. Wenn aber der Zucker ausgeführt wird, dann zahlt der Fabrikant diese Abgabe nicht und bekommt obendrein noch, wie schon erwähnt, eine Vergütung von 1,25 Mk. bis 2 Mk. für den Meterzentner. Das Kilogramm deutschen Zuckers kann in der Folge im Auslande um 20 Pfg. billiger verkauft werden, als im Inlande.

Der Staat sagt also den Zuckerproduzenten: „Verkauft zu Hause möglichst wenig und theuer, im Auslande möglichst viel und billig — so werdet Ihr die größten Profite erzielen. Damit Ihr aber diesen Rath befolgen könnt, schaffen wir Schutzzölle, welche Euch die ausländische Konkurrenz vom Halse halten, die ja das reichsfeindliche Bestreben haben könnte, dem deutschen Volke billigen Zucker zu liefern, und zahlen Euch außerdem eine Prämie, wenn Ihr Zucker ausführt. Eine solche Politik nennt man Hebung der Zuckerproduktion, nennt man Schutz der nationalen Industrie. Diese schön klingende Bezeichnung soll darüber hinwegtäuschen, daß die Interessen der konsumirenden Massen einem Häuflein habgieriger Kapitalisten preisgegeben werden.“

In Deutschland wird jährlich 8 Kilogramm Zucker per Kopf der Bevölkerung verbraucht, in England dagegen 32 Kilogramm. Aber England produziert selbst keinen Zucker. In England ist der Zucker billiger als Brot, in Deutschland ist er dreimal so theuer. Aber hier wie dort wird immer derselbe deutsche Zucker verkauft und verbraucht. Kein Wunder, denn der deutsche Konsument (Verbraucher) kommt als Steuerzahler aus seiner Tasche für den billigen Zucker auf, den der Engländer verzehrt. Und dies von Staats wegen.

Den Hungernden und Arbeitenden die Krute, aber den Ausbeutern, Schlemmern und Nichtsthuern Millionen, die aus den Taschen derjenigen entnommen werden, die trotz harter Arbeit in Glend und Noth ihr armseliges Dasein fristen. So sieht die Politik eines kapitalistischen Staates aus, so sieht die Politik des Deutschen Reiches

aus. Die Sozialdemokratie allein kopft der Kapitalistenklasse bei Verfolgung solch volksfeindlicher Ziele ernstlich auf die Finger. Auch gelegentlich der erwähnten Interpellation nationalliberaler Professoren und Geldsackstrabanten brandmarkten ihre Vertreter die nimmerfatte Begehrlichkeit der Ritter vom Zuckerhut, das innige Verständniß der Regierung für die Schmerzen der Herren. Bock kennzeichnete gebührend die Ausplünderung, der man zu ihrem Nutz und Frommen die deutschen Zuckerkonsumenten überliefert hat und weiter überliefern möchte. Im Gegensatz zu den Jeremiaden von der Noth der Markt- und Thalermillionäre schilderte Wurm scharf und durchaus wahrheitsgetreu das grenzenlose Glend der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerindustrie. Seine treffenden, von eingehender Sachkenntniß zeugenden Ausführungen waren freilich nicht nach dem Geschmack der ausbeutungsgewohnten Nationalliberalen und der ihnen verwandten Krautjunfer. Dagegen ist ihnen warme Zustimmung sicher seitens der frohdenden, als Produzenten und Konsumenten ausgeplünderten Massen, deren Interessen die Sozialdemokratie bei dieser wie bei anderer Gelegenheit wahrgenommen und vertheidigt hat.

Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 6. Dezember bis 28. Dezember v. J. fanden öffentliche Versammlungen statt in: Udershof, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Unsere Verhältnisse, und wie verbessern wir dieselben“ (Reichstagsabgeordneter Lieblnecht); Annen, öffentliche Volksversammlung: „Die Frau und die Sozialdemokratie“ (Genossin Löwenherz); Berlin, öffentliche Versammlung der in Prägerien und Steindruckereien beschäftigten Arbeiterinnen: „Die Lage der Arbeiterinnen des Gewerbes, und wie ist dieselbe zu bessern?“ (Genosse Schöple); öffentliche Versammlung der Leder- und Galanteriewaren-Arbeiter und Arbeiterinnen: „Das Freimaurethum“ (Gen. Sassenbach); öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche: „Die Rechtlosigkeit der Arbeiter“ (Genosse Freudreich); öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Luxuspapierfabriken: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Fabrik des Kommerzienraths Krause“ (Genosse Wittrich); öffentliche Volksversammlung: „Die Umsturzvorlage“ (Reichstagsabgeordneter Singer); öffentliche Versammlung für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Die Nothwendigkeit der Organisation“ (Genosse Zahn); öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Verhältnisse in der Konfektionsbranche und die Nothwendigkeit eines Lohnkampfes“ (Genossen Kullicke und Wiefemann); öffentliche Versammlung der in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Folgen der wirtschaftlichen Umwälzungen für die Lage der Arbeiterklasse“ (Gen. Millarg); Dorstfeld, öffentliche Volksversammlung: „Die Sünden des Kapitalismus“ (Genossin Löwenherz); Dresden, öffentliche Versammlung aller in der Hutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Frauenarbeit und Männerarbeit in der Industrie“ (Genossin Eichhorn); öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Der Schneiderstreik in Newyork“ (Gen. Bistinghausen); Hamburg, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Lage der in der Konfektionsbranche thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen“ (Genossin Kähler); öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen: „Wirtschaftlicher Fortschritt und soziales Glend“ (Genossin Kähler); Homburg, öffentliche Volksversammlung: „Die Förderung der Arbeiterinteressen“ (Genossin Löwenherz); Kiel, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Entwicklung der Schneiderei“ (Genossin Kähler); Leutewitz, öffentliche Volksversammlung: „Der Einfluß der Frauenarbeit auf die Männerarbeit auf gewerblichem Gebiete“ (Genossin Eichhorn); Lütgendortmund und Marten, je eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Sünden des Kapitalismus“ (Genossin Löwenherz); Pankow, öffentliche Versammlung, einberufen vom Frauen- und Mädchen-Bildungsverein: „Die Kinder des Volks“ (Genossin Scholz).

— Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Barmen, Mitgliederversammlung des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Robert Blum und seine Zeit“ (Genossin Kähler); Berlin, Mitgliederversammlung des Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen: „Die technische Revolution und ihre Wirkung“ (Genossin Vaader); Ergänzung des Vorstandes: gewählt wurden die Genossinnen Nadide und Kleinide. Mitgliederversammlung des Vereins der Filzschuharbeiter und Arbeiterinnen: „Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialreform im heutigen Klassenstaat“ (Gen. Faber); Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: „Der Kapitalismus und die Frauen“ (Genossin Mesch); Mitgliederversammlung des Verbands der Schneider und Schneiderinnen: „Die Verhältnisse in der Konfektions-

branche“ (Gen. Pfeiffer); Mitgliederversammlung des Verbands der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Dichtkunst im Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ (Gen. Schulz); Friedrichsberg, Mitgliederversammlung des Arbeiterinnenvereins: „Mode und Sitte“ (Genossin Mesch); Leipzig, Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: Interne Angelegenheiten, Wahl eines Festkomitès; Ottenfen, Mitgliederversammlung des Zentralvereins der Frauen und Mädchen Deutschlands: „Kulturgeschichtliche Streifzüge“ (Genosse Sonn).

— **Gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen.** Im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ einen trefflichen Artikel, der bestimmt ist, die Anregung zu kräftiger Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu geben, und der gleichzeitig den Gewerkschaften sehr schätzenswerthe Winke für die Lösung ihrer diesbezüglichen Aufgabe ertheilt. Der Artikel unter Anderem aus, daß die Gewerkschaften unter den Arbeiterinnen der einzelnen Berufszweige Kräfte für die Agitation suchen und heranschulen müssen. Ferner, daß es geboten ist, die weiblichen Mitglieder zu den Verwaltungsämtern heran zu ziehen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, sich in der Führung der Organisations- und Agitationsarbeit zu bethätigen. Weiter sollten die Gewerkschaftskartelle in ihrer Mitte Frauen haben und die Frauen zu praktischer Thätigkeit heranziehen. Gehört dem örtlichen Gewerkschaftskartell keine Frau als Delegirte an, so sollte es eine Art weibliche Vertrauensperson suchen, welche mit Unterstützung der Kartell-Leitung alle für die Agitation unter den Arbeiterinnen erforderlichen Maßregeln trifft. Empfohlen wird auch, für die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften Leseabende einzurichten, in welchem eine geeignete Person passende Schriften, Artikel u. v. vorliest und erklärt, um dadurch das Verständniß der Frauen zu schulen. Die Generalkommission selbst wird nach einem bestimmten Plan ständig eine umfangreiche Agitation unter dem weiblichen Industrieproletariat entfalten. Durch Vermittelung der Gewerkschaftskartelle und Zentralleitungen wird sie größere Agitationstouren zum Zwecke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen veranstalten. Versammlungen von Industriearbeiterinnen aller Branchen sind für die Orte geplant, wo der zahlreiche Besuch der Versammlung seitens der weiblichen Arbeiterschaft einzelner Industriezweige nicht zu erwarten ist. Besondere Agitationstouren sollen behufs Organisation der Arbeiterinnen solcher Industriezweige stattfinden, in denen gleichviel Frauen und Männer beschäftigt sind. Für die Kosten der Agitation kommt die Generalkommission auf. Die Vorarbeiten zu ihr sollen überall thunlichst von Frauen selbst beorgt werden, Frauen sollen auch besonders als Referentinnen in Frage kommen. Die „Generalkommission“ fordert deshalb alle Frauen auf, die agitatorisch für die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften wirken wollen, sich bei ihr zu melden. Die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaftsorganisation ist eine der wichtigsten Aufgaben, deren Lösung im Interesse des gesammten Proletariats liegt. Wir sind deshalb überzeugt, daß die zielbewußten Genossinnen allerorten dem Vorgehen der „Generalkommission“ das richtige Verständniß und kräftigste Förderung entgegen bringen.

— **Zum Kapitel der behördlichen Indignität und Schneidigkeit im Klassenkampfe.** Die sächsischen Behörden, welche bekanntlich den Behörden der ganzen „Kulturwelt“, Rußland inbegriffen, als leuchtendes Vorbild schönsten Amtseifers dienen können, haben wieder einmal ihre vorzügliche Befähigung für Gesellschaftsretterei bewiesen. Sie verboten die Konferenz der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, welche am 30. Dezember vorigen Jahres stattfinden sollte. Begründet wurde das Verbot damit, daß der als Referent angegebene Genosse Albin Reichel bestraft sei, so daß anzunehmen wäre, es könne Zweck der Konferenz sein, Gesetzesübertretungen zu begehen, zu solchen aufzufordern oder zu ihnen geneigt zu machen. Die unfehlbare Sicherheit, mit welcher die Behörden aus der Person des Referenten heraus die eventuellen künftigen Ereignisse einer Konferenz prophezeien, übertrifft bei weitem die Prophetengabe des seligen Schöpfers Thomas und zeigt ein glänzend: die dringende Nothwendigkeit, „zur Bekämpfung des Umsturzes“ lautscharartige Bestimmungen des Strafgesetzbuches noch mehr zu verlaufsuhlen.

— Wegen lobenswerthem Amtseifer nach Sachsen verfehlt zu werden, verbienen die Behörden mehrerer westfälischer Orte. In Bochum und Dortmund wurden die Frauenversammlungen verboten, in denen Genossin Löwenherz referiren sollte. In Herne und Huckarde, wo die gleiche Referentin in öffentlichen Volksver-

sammlungen sprach, mußten die Frauen dieselben verlassen. In Herne weigerten sich die Frauen, dem ungesetzlichen Verbot Folge zu leisten. In Huckarde ward die Versammlung noch vor der Weigerung der Frauen aufgelöst, der Aufforderung zum Verlassen des Saales nachzukommen. Offenbar war der Ueberwachende mit der Gabe des Gedankenlesens begnadet. Das Vorgehen der Behörden muß um so mehr auffallen, als sie früher gegen Frauenversammlungen und die Anwesenheit von Frauen in öffentlichen Versammlungen nichts einzuwenden hatten, ferner aber ganz besonders deswegen, weil die beliebten Maßregeln sich nicht durch den Gesetzestext rechtfertigen lassen. Das Gesetz wider den „Umsturz“ wirft seine Schatten voraus, und am tiefsten und kältesten fallen dieselben auf die proletarische Frauenbewegung. Wohl, wohl! Die proletarische Frauenbewegung wird auf die Reaktion durch verdoppelten Eifer im Klassenkampfe antworten. Die aufstammende Morgenröthe einer neuen Zeit kann mit dem Löschhütchen polizeilicher Kniffeleien nicht ausgeblasen werden.

— Unsere Genossin Eichhorn in Dresden und drei Genossen wurden erst laut polizeilicher Verfügung und dann auf eingelegte Verurteilung laut richterlicher Erkenntnis zu je 20 Mark Buße verurtheilt, weil sie — o schwarze That, o That voll Grauen — bei der Vassalleier den Sozialistenmarsch gesungen haben sollen. Dieses schweren Umsturzrevells wurden die Attentäter überführt durch das Zeugniß der Kriminalgendarmen, welche eigenmächtig sahen, daß die Beklagten „mit den Lippen wackelten“. Die Bestraften fahren offenbar eines Tages mit einer Empfehlung zur geeigneten Verwendung als Posaunenengel des jüngsten Gerichts zur Grube. Denn wenn ihr bloßes „Lippenwackeln“ von so erschütternder Wirkung ist, daß es im Interesse der Sicherheit des sächsischen Staates nicht gebudelt werden kann, so muß ihr Posaunenblasen jedenfalls die harthörigsten Todten erwecken und die zerstreutesten Gebeine zum Appell versammeln.

Der „Hut“ im Reichstage.*

Bekanntlich erlöhnten sich sozialdemokratische Vertreter im Reichstag frei nach Tell dem frei nach Gessler erhöhten „Hut“ die Reverenz zu vertragen. Sie blieben bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen, statt die den deutschen bürgerlichen Politikern eigenthümliche Ausdrucks-

* Wegen Raummangels verspätet.

Sylvesternacht.

Von Ria Classen.

Da stand er im Dunkeln vor der Thür des kleinen, freundlichen Hauses, die sich eben hinter ihm geschlossen hatte, und starrte mit gerecktem Halse in die erleuchteten Fenster, hinter denen der Tisch zum Sylvestermahl gedeckt wurde, während das Feuer im Kamin lustig auf- und niedertanzte. Was sollte er nun anfangen? Man hatte ihm Brot und Kuchen und den Bescheid gegeben, daß der Verwandte, den er suchte, vor kurzem aus der Gegend fort und weiter nach dem Süden zu gezogen sei — wohin, wußte man nicht genau. Da stand er nun allein, ohne eine bekannte Seele, in einer fremden Gegend, und der letzte Rest der Varschaft vorausgab für die Reise hierher. Was sollte er nun anfangen? Er war alt genug, um für sich selbst sorgen zu können; aber er war zu schwach für schwere körperliche Arbeit und hatte zu wenig gelernt, um damit sein Brot zu verdienen.

Er blickte sich um. Die winterliche Ebene sah trostlos einsam aus, und die Lichter aus den Fischerhäusern im Dorf bligten so kalt und abweisend zu ihm herüber! Mein Gott! wie entsetzlich allein er doch war! Warum hatte seine Mutter ihn durchaus hier haben wollen? Es war ihr letzter Wunsch vor dem Tode gewesen. Sie sürchtete für ihn allein in der großen Stadt, hatte sie gesagt. Aber dort kannte er doch die Straßen und viele Gesichter auf den Straßen, während hier —. Vor einem Jahre da hatte sie noch gelebt, und wenn sie auch selten zärtlich und liebevoll zu ihm gewesen war, so war doch ein Mensch dagewesen, an den er sich halten konnte. Er war der Fluch ihres Lebens gewesen, um feinetwillen war sie von all' ihren Verwandten und Freunden verstoßen und von den Anderen verachtet worden! Er hatte das Drückende dieses Bewußtseins immer mit sich herumgetragen. Aber sie hatte ihn doch geschont und ihn lesen und lernen lassen, so viel sie vermochte; sie hatte ihn doch geliebt, ja — geliebt! Jetzt liebte ihn Keiner mehr. Er saß in jähem Angstgefühl an seinen Kopf, der glühend heiß war, — die Anstrengungen und Ent-

fähigkeit der Stelle ihres Körpers zu bekunden, wo der Rücken seinen salonsfähigen Namen verliert und die Beine herauszuwachsen pflegen. Ihre Haltung war die selbstverständliche Aeußerung einer seitens von Sozialdemokraten selbstverständlichen politischen Ueberzeugung gegenüber dem monarchischen Prinzip und seinem augenblicklichen Träger im Deutschen Reiche. Gerade deshalb aber entseffelte sie einen wüsten Entrüstungsdrummel der bürgerlichen Politiker, deren politische Ueberzeugung schon seit langem — den entsprechenden Preis vorausgesetzt — die Ueberzeugungslosigkeit geworden ist, die sich von 1848er „Ferschtekillern“ und „Idealtrepublikanern“ zu „Bernunftmonarchisten“ und „seiner Majestät allergetreuesten Opposition“ entwickelt haben. Begierig ergriffen die Herren die billige Gelegenheit, dargutun, daß im deutschen Bürgerthum an die Stelle von „Männerstolz vor Königsthronen“ die von Heine so bitter charakterisirte brünstige Sehnsucht nach dem Hundeschwanz zum Wedeln getreten ist. Und die politische Verklumptheit der deutschen Kapitalistenklasse brandmarkte sich selbst, sie weiß nicht wie, als der Präsident des Reichstages unter dem tobenden Beifall aller bürgerlichen Abgeordneten erklärte: „Die Haltung der Sozialdemokraten entspräche nicht der Sitte deutscher Männer“. Gesinnungslose Heuchelei, konventionelle Höflichkeitsgrimasse ist also eingestandenermaßen die Sitte deutscher Männer — allerdings nur, wenn diese M—ameluden Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der deutschen Kapitalistenklasse sind. Soweit würde dem Vorgang keine besondere Bedeutung zukommen. Ein Beleg mehr dafür, daß das jugendfrische deutsche Proletariat der Träger der politischen Ideale geworden ist, welche die Bourgeoisie früher anbetete, und die sie jetzt verbrennt, ein Zug mehr von der politischen und moralischen Greisenhaftigkeit der bürgerlichen Parteien, nichts weiter.

Aber die Regierung ließ sich angelegen sein, den Vorgang zum Ausgangspunkt einer ultrareaktionären Haupt- und Staatsaktion zu machen. Von dem Erfahrungssatz geleitet: „Du sollst dem Hunde den Maulkorb anlegen, so lange er wedelt“, nutzte sie den geäußerten Hyperbyzantinismus der Reichstagsmajorität aus zu einem Handstreich gegen die Immunität (Unverletzlichkeit) der Volksvertretung. Dem Reichstag ging das staatsanwaltliche Ansuchen zu, seine Genehmigung zu der strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Liebtnecht wegen Majestätsbeleidigung zu ertheilen. Genosse Liebtnecht

behrungen der letzten Tage hatten seine Kräfte erschöpft. Dann lief er plötzlich fort, auf das Dorf zu.

Er kletterte die kleine buschbesäumte Vor-Düne herauf und stand vor dem weiten, grauen, eisbedeckten Haff. Die dunkeln Wolken hingen am Horizont schwer auf das Eis nieder; wie Mauern und Thürme stiegen sie massig am Himmel auf und schienen ganz nahe zu sein in dem schwachen, wolkengedämpften Mondlicht. „Das Schloß des Wolkenkönigs!“ flüsterte er vor sich hin. Und heute war Sylvester! Das alte Jahr zog heute fort von der Erde; man sah es fliegen und dann verschwand es in dem Schloß des Wolkenkönigs! Wer doch mit ihm ziehen könnte! Der Wolkenkönig und seine Unterthanen, die Wolken, die waren seine guten, alten Bekannten; auf der Erde hatte er Niemand und Niemand kümmerte sich dort um ihn — Niemand liebte ihn dort. Er setzte den Fuß auf das Eis und eilte vorwärts. Er wollte gar keine Lichter hinter sich sehen, sie leuchteten ja doch nicht für ihn. Er wollte versuchen, den Wolken näher zu kommen. Sein Kopf brannte, und sein Athem ging schwer, während ihm Füße und Hände vor Frost schmerzten. Er mußte sich hüten vor den klaffenden Spalten, die das Eis aufgerissen hatten. Sie waren theilweise mit Schnee ausgefüllt. Dann sank sein Fuß tief ein, und er glaubte das Wasser unten brodeln und gurgeln zu hören.

Blötzlich wandte er sich um. Barmherziger Gott! wo war er? Da war kein Licht und kein Ufer mehr zu sehen, nur die unbewegliche graue Eisfläche, über die der seine Schnee im Winde trieb, und die dunkeln, schweren Wolken am Horizont. Er schrie auf vor Entsetzen, vor dem Entsetzen der völligen, todten, grenzenlosen Einsamkeit. Er streckte seine Arme aus, aber da war nichts Warmes, nichts Lebendes in dem ganzen weiten Bereich, nicht einmal ein kleines, frierendes Vögelchen, nicht einmal ein im Winterfrost verborrter Grassalm. O Gott, o Gott! wenn er nur noch einmal ein Licht am Ufer sehen könnte, — ein Lichtpünktchen, — nur irgend etwas, das von Menschen kam. Er wußte nicht mehr, ob er sich rechts oder links wenden sollte. Wie der Wind heulte! und da trachte es dumpf in der Ferne von dem berstenden Eis,

hatte zur Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit den antimonarchischen Gefäßmuskeln gehört.

Daß ein Staatsanwalt ohne viel logisches Federlesen das Eigenbleiben während eines Hochs auf den Kaiser einer Majestätsbeleidigung gleich achtet, hat nichts Befremdliches. Man ist in Deutschland gewöhnt an den Geist inniger und minniger Deutungskunst, welcher seit dem Pfingsten der Reaktion auf unsere Juristerei herniedergestiegen ist und ihre Jünger in Zungen reden läßt, welche dem simplen Menschenverstand nicht selten unverständlich sind. Und wenn auch ausgezeichnete Juristen alten Schlags, Ueberlebende der Zeit, wo es „noch Richter in Preußen“ gab, sich gegen die diesbezügliche Auslegung des Gesezestextes in schärfster Weise gewendet haben, so erklärten doch Gerichte, und unter ihnen gar das Reichsgericht, diese Auslegung als zu Recht bestehend. Außergewöhnlich mußte es dagegen scheinen, daß ein Staatsanwalt die Haltung eines Abgeordneten bei Ausübung seines Mandats strafrechtlich ahnden wollte. Paragraph 30 der Verfassung bestimmt nämlich: „Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Äußerungen verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“ Kein Zweifel, daß Genosse Liebknecht sich bei Ausübung seines Berufs als Abgeordneter anlässlich des Hochs auf den Kaiser gemäß der Ueberzeugung gehalten hatte, auf Grund welcher und zu deren Vertretung er von seinen Wählern in den Reichstag entsendet worden war. Das Vorgehen des Staatsanwalts widersprach also dem Recht, welches die Verfassung den Abgeordneten behufs freiester Äußerung und Bethätigung ihrer Ueberzeugung zusichert.

Allen gebührenden Respekt vor dem löblichen Amtseifer strebsamer Staatsanwälte, aber auch der amtseifrigste und strebsamste Staatsanwalt hätte den lecken Hufarenritt gegen die Verfassung nicht gewagt, ohne der Billigung der Regierung sicher zu sein. In dieser Voraussetzung mußte man dadurch bestärkt werden, daß der neugebackene Reichskanzler in Person die Rolle des staatsanwaltschaftlichen Postillon d'amour übernommen hatte. Doch mehr noch. Die Regierung hatte den Handschlag des Staatsanwalts nicht bloß gebilligt, sie selbst hatte ihn veranlaßt. Erst auf die ausdrückliche Aufforderung der Regierung hin, so erklärte Fürst Hohenlohe im Reichstage, war

das staatsanwaltschaftliche Vorgehen erfolgt. Dadurch erhielt die Angelegenheit eine ganz andere Tragweite. Es handelte sich nicht mehr um den blinden Uebereifer eines Beamten, sondern um einen planmäßigen Vorstoß der Regierung gegen die Rechte der Volksvertretung.

Der Ungeheuerlichkeit des Unterfangens kam nur eins gleich: die ungeheuerlich läppische, halb Hohn, halb Mitleid erweckende Art und Weise, in welcher dieses Unterfangen seitens der Männer des neuesten Kurfes im Reichstage parlamentarisch vertreten wurde. Der Präsident des Reichstags hatte seinerzeit beklagt, daß ihm kein Mittel zur Verfügung stehe, die unbotmäßigen Sozialdemokraten zu monarchischer Eulidigungsheuchelei zwingen zu können. Mit Berufung auf diesen elegischen Stohseufzer stempelte der Reichskanzler das Mächtegerattentat gegen die Rechte der Volksvertretung zu einer besonderen Liebenswürdigkeit einer besonders aufmerksamen, für das Hausrecht des Reichstags besorgten Regierung. Wenn seine Ausführungen wenig überzeugend waren, so wirkten sie dafür um so erheiternder. Treffend bemerkte Genosse Singer, daß die logische Schlussfolgerung so zarter Fürsorge sei, den Reichstag unter das Vereinsgesetz zu stellen, ihn unter polizeilicher Ueberwachung tagen und bei mißliebigen Äußerungen auflösen zu lassen.

Der Reichstag lehnte denn auch den Antrag des Staatsanwalts ab. Ja, er raffte seinen Muth soweit zusammen, daß er seinen Beschluß mit dem Hinweis auf den verfassungswidrigen Charakter des Vorstoßes begründete. Damit war aber auch die Majorität am Ende ihres oppositionellen Lateins. De- und wehmüthig lehrte sie zu ihren regierungszahmen Gepflogenheiten durch den Beschluß zurück, die Disziplinargewalt des Präsidenten zu verschärfen. Diese ihre Haltung erinnert lebhaft an das Gebahren eines wohlredirenden Köters, der seinem Herrn knurrend die Zähne zeigt, aber auf ein bedeutungsreiches Augenzwinkern hin mit eingezogenem Schweife seinen Maulkorb herbeigetragen bringt. Sollte die Majorität in einem Anflug richtiger Selbsteinschätzung und in Erinnerung des geflügelten Wortes gehandelt haben: „Hunde sind wir ja doch?“

Gewiß, die Männer des neuesten Kurfes haben sich als Parlamentarier bis auf die Knochen blamirt. Allein die herrschende Klasse erwartet von den obersten Regierungsbeamten weder daß sie Staatsmänner, noch daß sie Parlamentarier sind, vielmehr tüchtige Schacherer, die sich aufs Geschäft verstehen. Und zum Schachergeschäft gehört

in dem eine neue Spalte aufriß! Er lief weiter, den Wolken zu. Wie seltsam sie sich bewegten, wie sich ein Gebilde in das andere schob und neue entstanden und wieder verschwanden! Es schwindele ihn, wenn er hineinsah, und er war so müde, so schrecklich müde! Dann war es ihm, als wäre das Eis abschüssig, und er ging immer hinunter nach jener weißen Schneewiese zu, die der Wind zusammengetrieben hatte. Der Boden schien ihm ganz weich zu werden unter seinen Füßen und an all' seinen Gliedern hing etwas Schweres, das ihn hinunterzog. Er mußte aber doch noch zum Schloß des Wolkenkönigs kommen — er durfte nicht hier bleiben — also weiter! — Aber jetzt sah er es nicht mehr — Alles flirrte an seinen Augen vorüber und verschwamm — von Müdigkeit und Verzweiflung überwältigt, sank er zu Boden, hin auf das kalte harte Eis. . . . Und jetzt war es ihm plötzlich ganz leicht geworden — die Schwere in den Gliedern war verschwunden — auch Kälte fühlte er nicht mehr — aber was war das für ein Brausen von überall her? war es das Wasser, das herankam? — nein — jetzt klang es ganz fern — es wurde immer leiser — und nun — still — es ward ganz still —

Das alte Jahr flog über die Erde hin, in einen grauen, wolkigen Schleier eingehüllt.

Da lag das Schloß des Wolkenkönigs, und abseits in seinen unermesslichen Räumen, geheimnißvoll und ungesehen, unter wechselnden Wolken und fliehenden Winden, da lag und träumte sie — die wechselnde, fliehende Zeit. —

Das alte Jahr klopfte leise an das Thor. „Kommst Du im Schleier des Lichtes oder in dem grauen der Nacht?“ tönte eine Stimme daraus hervor. „Ich komme im grauen Schleier der Nacht“, antwortete das Jahr. Ein tiefer Seufzer drang aus dem Innern des Schlosses. „Tritt ein, Unglücksbringerin!“ sprach die Stimme von Neuem.

Es öffnete sich eine weite, unendlich hohe Halle, deren Wände und Decke zu wogen schienen im ewigen Wechsel, und auf seinem Wolkenfuß saß mit verhülltem Antlitz der König in grauem Mantel,

mit dem weißlichen Bart und dem weichen dunkeln Schlapphut, der ihm tief in die Augen fiel. „Nimm den Schleier“, sprach traurig zu ihm das alte Jahr; „er ist groß und dicht. Er ist gewebt aus dem Hungersehnen der Armen, aus dem Stöhnen der Elenden, aus den Thränen der Betrogenen, aus dem Wimmern hilfloser Kranker, aus dem Todesröcheln hingeschlachteter Opfer — sie Alle, Alle, über die das Rad der Gesellschaft hinweggeht, ohne daß eine Spur von ihnen bleibt, sie Alle halsen den Schleier weben, der mich einhüllt. Nimm ihn! Viele dunkle Wolken werden aus ihm entstehen und hinziehen zwischen Sonne und Erde!“ „Das alte Lied!“ murmelte der Wolkenkönig vor sich hin; „wird es nie zu Ende sein? — So erwache denn, neues Jahr der neuen Hoffnung!“ Aus den Wolken sprang ein rosiges, lachendes Kind in fleckenlos weißem Gewande: „Laßt mich fort! laßt mich fort!“ jubelte es. — „Gile nicht so, thörichtes Kind“, sprach leise das alte Jahr, „ich sah da unten auf dem harten Eise den dunkeln Körper eines Knaben liegen, sein Todesseufzer wird der erste Schatten sein über Deinem strahlenden Kleide. — Doch geh' nur, immer geh'! sei glücklicher als ich es war und mich laß sterben.“

Das alte Jahr verschwand in den Wolken, das neue flog hinaus in die neue Welt. Da legte sich der erste graue Faden verdüstend über sein Gewand. Das neue Jahr wurde nachdenklich — der erste Schatten flog über sein lächelndes Antlitz. „Aber ein Stückchen, ein kleines Stückchen vom Schleier des Lichtes will ich doch zurückbringen“, dachte es. „Wir wollen Dir helfen!“ klang es von den Menschen als Antwort herauf. Es waren einige zerspreute, schwache Stimmen; aber sie tönten zusammen wie windbewegte Aeolsharfen, die nur des Sturmes bedurften, um anzuschwellen zu gewaltigen, die Erde umhallenden Akkorden.

Bei ihrem Klang flog ein matter Schein über das ferne Schloß des Wolkenkönigs. Kam er von einem Lächeln, das über sein düsternes Antlitz zuckte? War es der erste Schein des jungen Tages?

bekanntlich in erster Linie das Vorschlagen, Ueberbieten, Feilschen. So hat auch der neueste Kurs im Punkte einer Beschränkung der parlamentarischen Freiheit das Aeußerste gefordert, um in Gestalt einer schärferen Disziplinalgewalt zu erhalten, was er wollte: die eventuelle Mundtodtmachung misliebiger Abgeordneten. Obendrein kommt ihm die Errungenschaft billig genug zu stehen. Sie kostet ihm nichts als die Drohung, die Angelegenheit Liebknecht weiter verfolgen zu wollen. Bei der bloßen Möglichkeit, behufs Verteidigung verfassungsgemäßer Rechte zu einem ernstlichen Kampf gegen die Regierung gezwungen zu werden, knickte der fleißigste Falstaff'sche Muth der Reichstagsmajorität in sich zusammen.

Die Quittung für ihr feiges Mameluckenthum erhielt sie im Voraus durch die vorzügliche Rede, mit welcher Bebel auf eine Sozialistenpauke plumpster Art des lebenslänglichen Ministerkandidaten Bennigsen antwortete. Wüchtig, schneidend geißelte Saß um Saß dieser Rede den ekkeln Byzantinismus, den schönen Verrath an Grundsätzen und Volksrechten, kurz die käufliche Gesinnungslumperei, die in der Welt der bürgerlichen Politiker, zumal aber unter Nationalliberalen und Konservativen, so üppig ins Kraut geschossen ist. Und über einzelne Persönlichkeiten und ihre Parteien hinaus trafen Bebel's flammende Anklagen die gesammte Kapitalistenklasse in ihrer politischen und moralischen Verkommenheit. So konnten am Schluß der denkwürdigen Schlacht nicht etwa um des Kaisers Bart, sondern um die Erziehung der parlamentarischen Freiheit zu höflichem Anstand und höfischer Sitte die Vertreter der bürgerlichen Politik und die Vertreter der Regierung Arm in Arm als Geschlagene ihr Jahrhundert in die Schranken fordern. Als moralischer Sieger aber blieb die Sozialdemokratie auf dem Plan. Das Gepolter sportsmäßiger Bierbankpolitiker vermag darüber nicht hinwegzutauschen. Soweit im deutschen Volk noch gesunder Sinn vorhanden ist für muthvolle, rückgratssteife Gesinnung, soweit lautet auch das Urtheil über die letzten parlamentarischen Vorgänge: Die Sozialdemokraten haben gezeigt, daß es noch politische Mannhaftigkeit in Deutschland giebt und nicht bloß Mameluckenthum.

Frauenrechtlerische Harmonieduselei.

In Deutschland nimmt die bürgerliche Frauenrechtelei eine isolirtere Stellung ein, sie ist äußerlich und innerlich schwächer, farblos, haltloser als die Schwesterbewegung in anderen Ländern. Natürlich genug hatte sie deshalb jederzeit das Bestreben, sich Bundesgenossen zu werben. Jahrelang richtete sie dabei ihr Augenmerk nach oben, nach den hohen und allerhöchsten Regionen. Nachdem sie jedoch von dort mehr Zeichen völliger Verständnislosigkeit und Zutritte als Förderung erhalten, geruht sie niederzusteigen zu den „ärmeren Schwestern“ und sie unter Versicherung unbändigen Wohlwollens zu einem gemeinsamen Vorgehen für gemeinsame Ziele aufzufordern. In letzter Zeit zumal lassen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen lauter und einschmeichelnder als je das Flötenspiel von der Interessengemeinschaft aller Frauen erkönnen, stellen sie in Gründungen verschiedener Art ihr gutes Herz für die Arbeiterinnen zur Schau.

Um eine Bundesgenossenschaft zwischen den verschiedenen Richtungen der deutschen Frauenbewegung herbei zu führen, erscheint nun auch ein besonderes Organ: „Die Frauenbewegung“. Wie nicht anders zu erwarten, steht es in seinem Programm auf dem Boden kritiklosester Harmonieduselei und soll seinerseits diese fördern, „eine Vereinigung aller Bestrebungen für das Wohl des weiblichen Geschlechts bilden.“

Damit strebt es unseres Erachtens ein Ziel an, das nie erreicht werden kann. Die Gegensätze zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenwelt sind so schroff und unüberbrückbar, daß sie eine einheitliche Frauenbewegung von vornherein ausschließen. Zwischen einer Bewegung, welche die Gesellschaft zwar zu Gunsten des weiblichen Geschlechts — vielleicht auch ein wenig zu Gunsten der Arbeiter — reformiren, sie aber auch zu Gunsten der Besitzenden aufrechterhalten will und einer Bewegung, welche mit aller Energie die Befreiung dieser Gesellschaft anstrebt, ist keine Gemeinsamkeit möglich. Daß sich bürgerliche und proletarische Frauenbewegung in der und jener Einzelforderung berühren können, ja berühren müssen, vermag daran nichts zu ändern.

Entgegen dem Charakter der bürgerlichen Frauenrechtelei ist eben das Ringen der proletarischen Frau für ihre volle Menschwerdung in erster Linie gar keine Frauenbewegung, sondern sozialistische Arbeiterbewegung. Es richtet sich nicht gegen Vorrechte der Männerwelt, vielmehr gegen die Machtstellung der Kapitalistenklasse. Die Proletarierin kann ihre höchsten Ideale nicht erreichen durch eine Bewegung für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, ihr bringt nur der Kampf für die Befreiung der Arbeit das Heil. Denn

nicht der Umstand, daß sie eine Frau ist, entscheidet in erster Linie über ihre Lebenslage. Daß sie dem Proletariat angehört und ihre Arbeitskraft einem Kapitalisten verlaufen muß, ist ausschlaggebend für ihr Wohl und Wehe. Nicht ihr Geschlecht, ihre Klassenlage, ihre Armuth überliefert sie dem Elend, der Unbildung, der Unfreiheit. Daraus ergibt sich, daß die Möglichkeit für eine volle Entfaltung und Bethätigung ihres Wesens einzig und allein geschaffen wird durch die Aufhebung der Klassegegensätze zwischen Reichen und Armen, zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Nur mit der Befreiung der heutigen Gesellschaft, mit ihrer Umgestaltung zu einer sozialistischen erfolgt die Aufhebung der Klassegegensätze. Innerhalb der heutigen Gesellschaft kann die proletarische Frau nicht frei werden, innerhalb ihrer wird sie ewig die Ketten der Klassenklaverei tragen.

Angesichts dieser Sachlage wird der Spect der frauenrechtlerischen Versicherung, „dem Kampf der Frau um gleichen Lohn gerecht werden zu wollen“, nur wenig proletarische Mäuselein locken. Die proletarische Frau will nicht bloß Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse, sie will die Befreiung des Lohnsystems. Solange sie in einem Lohnverhältnis zu einem Kapitalisten steht, wird sie — ganz gleich, ob ihr Verdienst etwas niedriger oder höher ist — auch ausgebeutet und unfrei bleiben.

Gewiß strebt die Proletarierin nach gleichem Lohn für gleiche Leistung. Aber nicht der Mann ihrer Klasse ist es, der sich der Verwirklichung dieser ihrer Forderung widersetzt, umgekehrt, er tritt für sie ein, und das im wohlverstandenen eigenen Interesse. Der Kapitalist dagegen schlägt drei Kreuze, wenn er von dieser Forderung oder die einer Lohn-erhöhung seiner Arbeiterinnen überhaupt hört. Von der Einsicht und dem Wohlwollen des Mannes ist nichts zu erwarten, der sehr gut weiß, daß Hungerlöhne die Arbeiterinnen der Prostitution überliefern, ja der stillschweigend oder auch zynisch offen mit der Prostitution als einem Nebenwerb der weiblichen „Hände“ rechnet. Nur auf dem Wege des Klassenkampfes, nur durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen kann der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ verwirklicht werden. Wir bedauern, daß die „Frauenbewegung“ kein Wort darüber verlauten läßt, durch welche Mittel der diesbezügliche Kampf des Proletariats seitens der frauenrechtlerinnen unterstützt werden soll. Wie wir auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer sozialpolitischen Erkenntnis unsere deutschen frauenrechtlerinnen einschätzen, sind wir überzeugt, daß im Falle energischer Lohnkämpfe auch nicht zehn offen und rückhaltlos auf die Seite der ringenden Arbeiter und Arbeiterinnen treten würden. Man vergeße eins nicht. Bei jedem größeren, tiefgreifenderen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nimmt die ganze Staatsgewalt gegen die sich aufbäumenden Lohnsklaven und Lohnsklavinnen Partei. In einem solchen Kampf ist bekanntlich das denkwürdige, die sozialreformatorische Mission des Gottesgnadenthums so hell beleuchtende Wort vom Zerschmettern. Und man habe ein Anderes fest. Das Petitionsheldenthum unserer bürgerlichen Frauenbewegung, ihre de- und wehmüthigen Bittgänge vor Fürstenthronen, ihr Anhochen gekrönter Häupter und hoher Frauen, ihre feige Scheu vor Allem, was entfernt wie Politik und noch entfernter wie sozialistisch aussieht! Vor „dem Herrn Bürgermeister und den hohen Obrigkeiten“ würde das Wohlwollen der frauenrechtlerinnen für die „ärmeren Schwestern“ zusammenschmelzen wie Märzenschnee vor der Sonne. Die Begeisterung für das Prinzip der Gleichberechtigung würde sehr bald in die Flucht geschlagen von dem unterthänsmäßigen, regierungsfremden Abscheu gegen die „revoltirenden Pöbelhaufen“, gegen die „unzufriedenen, begehrliehen, rohen Streikbrüder“ etc.

Bezeichnend in der Beziehung ist, daß das Programm nicht einmal andeutungsweise der schwachvollen Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze gegenüber den proletarischen Frauen gedenkt, obgleich doch gerade diese Handhabung stets mit dem Hinweis auf die Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts begründet wird. Das freieste Koalitionsrecht ist bekanntlich die Grundlage, die Lebenslust jedes Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen. Wollen die frauenrechtlerinnen den Arbeiterinnen besseren Lohn erringen helfen, so müssen sie folglich eintreten für unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterklasse. Aber dieser Forderung haftet etwas von dem „Eudergeruch der Revolution“ an, deshalb kein Wort von ihr in dem frauenrechtlerischen Programm, ebenso wie kein Wort bezüglich der Forderung des Wahlrechts.

Daß sich die „Frauenbewegung“ einredet und Anderen einreden möchte, „die Sache der Frau sei Sache keiner Partei“, daß erklärt sich zur Genüge aus der unklaren Harmonieduselei, welche das Blatt geboren hat, und die es seinerseits großpöppeln soll. Allein wenn die Behauptung auch erklärlich ist, so bleibt sie doch nichtsdestoweniger grundfalsch. Die „Sache der Frau“, soweit es sich um die Befreiung der weiblichen Masse, der proletarischen Frau handelt, ist wohl Sache

einer Partei und ausschließlich Sache einer Partei, der Sozialdemokratie. Denn nur diese kämpft für die Beseitigung einer Gesellschaftsform, welche für die Proletarierin gleichbedeutend ist mit Ausbeutung und Knechtschaft; nur diese erstrebt eine Ordnung der Dinge, welche mit der wirtschaftlichen Freiheit und Unabhängigkeit Aller jeder Verflawung und Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen Menschen für immer ein Ende bereitet; nur diese schafft die gesellschaftlichen Vorbedingungen dafür, daß sich jede Frau wie jeder Mann menschlich voll auszuleben vermag. Die Sozialdemokratie ist außerdem die einzige Partei, welche schon in der gegenwärtigen Gesellschaft die Interessen der Proletarierin der Kapitalistenklasse und ihrem Staat gegenüber rüchhaltlos verteidigt.

Doch mehr noch. In Deutschland ist auch die Sache der bürgerlichen Frau die Sache der Sozialdemokratie geworden. Die deutsche Bourgeoisie genießt die unbestrittene Ehre, zu den rückständigsten und bornirtesten aller Bourgeoisien zu zählen. Sie hat weit weniger sozialpolitische Aufgaben gelöst als ihre Schwestern in England und Frankreich. Wie sie in elender Hasenherzigkeit den Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus nicht bis zu Ende gekämpft hat, vielmehr einen feigen Kompromiß mit beiden schloß, so ist sie in zopfigem Vorurtheil und einer an das Jbiotenhafte grenzenden Verstandnißlosigkeit bis in die letzte Zeit hinein im Großen und Ganzen nicht einmal an die Anfänge zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter herangetreten. In Deutschland hat deshalb das Proletariat mit anderen Aufgaben, die nicht unmittelbar im proletarischen Klasseninteresse liegen, auch die zu lösen, für die Frauenfrage im bürgerlichen Sinne einzutreten. Kennzeichnend in der Hinsicht ist, daß nicht einmal die Programme der demokratischen Parteien eine auf die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bezügliche Forderung enthalten, daß bei den Verhandlungen über frauenrechtlerische Petitionen für dieselben nur einzelne Mitglieder bürgerlicher Parteien, aber nie eine bürgerliche Gesamtheit eintritt. Die Sozialdemokratie fordert dagegen in ihrem Programm die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sie hat bei jeder Gelegenheit geschlossen die frauenrechtlerischen Forderungen unterstützt. Die deutschen Frauenrechtlerinnen selbst wissen das recht gut, und an ihren Thee-Abenden zischeln sie sich wohl in die Ohren, daß sie nur auf die Unterstützung der Sozialdemokratie sicher rechnen können. Aber diese Thatsache offen zugeben, das verhindert die Furcht vor dem bereits erwähnten Revolutionsgeruch, mit dessen Duft in den Kleidern man nicht antichambriren gehen könnte.

Angeichts der gegenwärtig in Deutschland so heiß tobenden Klassenkämpfe — siehe Umsturzvorlage und Liebtnecht-Affaire im Reichstage — den proletarischen Frauen eine einheitliche Frauenbewegung predigen, das heißt die thatsächlichen Verhältnisse entweder unverzeihlich naiv verkennen oder aber sie unverzeihlich unverfroren verleugnen. Märrinnen wären die Proletarierinnen, wollten sie sich für eine Bewegung erwärmen, welche die Klassengegensätze überkleistern, aber nicht beseitigen will. Ihr Einschwanken in das Lager frauenrechtlerischer Harmonieduselei ließe darauf hinaus, für das Einsengericht etlicher Reformen zu Gunsten des weiblichen Geschlechts ihr Erstgeburtsrecht zu verschachern als Angehörige einer Klasse, welche durch eine Revolution in der Gesellschaft „eine Welt zu gewinnen hat und nichts zu verlieren, als ihre Ketten“.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Zimmer langsam voran, mit dem österreichischen Landsturm sind die deutschen Frauenrechtlerinnen marschirt in Betreff ihres Eintretens für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Das Beispiel ihrer doch sonst bis über den grünen Klee gelobten englischen „Schwestern“ in Frauenrechtelei mußte ihnen zeigen, wie bedeutungsreich die Aktion für die betreffende Forderung war, und daß sie der bürgerlichen Frauenbewegung nur zum Vortheil gereichte. Trotzdem haben sich die deutschen Frauenrechtlerinnen erst in allerjüngster Zeit entschlossen, eine kräftige Agitation für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu entfalten. Seitens der frauenrechtlerischen Organisationen werden Vorträge über die Frage veranstaltet, und der „Bund deutscher Frauenvereine“ petitionirt bei den Handelsministerien der einzelnen Bundesstaaten für die Anstellung von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten. Woher kam den deutschen Frauenrechtlerinnen in zwölfster Stunde die Erleuchtung und die Courage für ihr Vorgehen? Der Hauptsache nach aus dem Gefühl der Dummheit ihrer Bewegung heraus, welche sich die Bundesgenossenschaft der proletarischen Frauenwelt sichern möchte. Und nachdem die Damen die Erfahrung gemacht haben, daß die Bundesgenossenschaft der „ärmeren Schwestern“ für die „Wohlthaten“ der Theeabende mit dünnen Butterbröten und schwachgeistiger Lektüre, der nach mo-

deriger Stöckerfittlichkeit duftenden „Heime“ und ähnliche abgestandene Schaumklöße der Harmonieduselei nicht zu haben ist, je nun, da haben sie sich veranlaßt gesehen, eine der Forderungen aufzugreifen, deren Verwirklichung thatsächlichen praktischen Werth für das weibliche Proletariat besitzt. Nun ist es uns durchaus fern, die Frauenrechtlerinnen wegen ihres Eintretens für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu tadeln. Im Gegentheil, wir sagen in der Beziehung: besser spät, als niemals. Entschiedene Verwahrung müssen wir dagegen wider die Tendenz einlegen, die betreffende Aktion zu Gunsten der bürgerlichen Frauenrechtelei zu fruktifizieren und die Frauenrechtlerinnen als die bahnbrechenden Vorkämpferinnen für die nöthige Reform in Deutschland und als besonders berufene Vertheidigerinnen praktischer Arbeiterinneninteressen hinzustellen. Die Frauenrechtlerinnen haben nur eine Forderung aufgegriffen, welche die sozialistische Frauenbewegung und mit ihr die gesammte sozialistische Arbeiterbewegung seit gut zehn Jahren erhebt. Bereits 1884—1885, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Antrag auf gesetzlichen Arbeiterschutz einbrachte, agitirten die damals in der sozialistischen Bewegung thätigen Genossinnen, zumal die Genossin Ihrer, für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Die betreffende Agitation ist mit jedem Jahre ausgehnter und kräftiger geworden. Ganz besonders haben die Genossinnen Ihrer und Kohrlack in den letzten Jahren weiteste Kreise des Proletariats über die Nothwendigkeit der fraglichen Reform aufgeklärt. Genossin Kohrlack hat im Jahre 1894 allein in mindestens 30 Volksversammlungen in den verschiedensten Städten Deutschlands für die Anstellung von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten agitirt. Diese Versammlungen waren oft von Tausenden besucht und erklärten sich stets mit Begeisterung für die geforderte Reform. Dank der entfalteten Agitation ward die Nothwendigkeit derselben in jeder proletarischen Versammlung betont, welche sich mit der Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes beschäftigte. Seitens proletarischer Frauenorganisationen ward die sozialdemokratische Fraktion bereits 1892 und 1893 auf den Parteitag beauftragt, den Antrag auf Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zu stellen. Auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. wurde der Antrag wiederholt. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sind seit Jahren bei den Debatten über die Berichte der Gewerbeinspektion für die Forderung kräftig eingetreten. Desgleichen forderten die Sozialdemokraten in dem bayerischen und im sächsischen Landtage die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Wie man sieht, haben die Frauenrechtlerinnen bezüglich der Frage nicht im Jahre des Heils 1894 Amerika entdeckt.

Für Volkes Recht.

Wach auf, o Volk, und säume nicht,
Es rüstet zum Gesecht
Der Freiheit Feind, drum säume nicht,
Es gilt dein gutes Recht!
Du mußt der höchsten Hüter sein,
Erkaufst um kostbar Blut,
Mein Volk, nun wieder Hüter sein,
O hüt' sie treu und gut!

Mußt deines Schicksals Lenker sein,
Lenk' es zum guten Ziel!
Willst deines Rechts du Hentler sein?
Dein Recht steht auf dem Spiel!
Was du dir heiß erstritten hast,
Das ist vom Feind bedroht,
O denk', was du erlitten hast,
Denk aller Pein und Noth!

Laß dich, o Volk, belügen nicht
Durch falscher Freunde Schaar!
Und laß dich auch betrügen nicht,
Dein Recht ist in Gefahr!
Den süßen Reden traue nicht,
Wenn der Versucher naht,
Auf schöne Worte baue nicht,
Den Worten fehlt die That!

Kleine Nachrichten.

Der Berliner Bierboykott wurde in sechzehn großen Volksversammlungen nach fast achtmonatlicher Dauer für beendet erklärt. Die Ritter von Malz und Darre ließen sich zu einem Vergleich herbei, welcher für die Arbeiterschaft sehr ehrenvoll ist und wenn auch nicht alle, so doch die wesentlichsten ihrer Forderungen zugestehet. Die

von den Brauerprohen so grausam aufs Pflaster geworfenen Arbeiter werden wieder eingestellt, auch die 33 „Nädelsführer“, von deren Wiederbeschäftigung bis vor Kurzem die Bieringler durchaus nichts wissen wollten. Die Brauereien gründen außerdem einen Arbeitsnachweis, bei dessen Verwaltung und Entscheidungen die organisierten Brauarbeiter als gleichberechtigter Machtfaktor mitzusprechen haben, und der eine Reihe von Bestimmungen enthält, welche für die Arbeiter sehr wichtig und werthvoll sind. Angesichts der politischen Kämpfe, welche dem deutschen Proletariat bevorstehen, war die Beendigung des Boykotts eine Nothwendigkeit, und daß er mit einem für die Arbeiter so ehrenvollen und gewinnreichen Frieden endete, ist ein den Gegnern höchst unlieber Beweis von der Macht der organisierten Arbeiterschaft. Die organisierten Berliner Arbeiter, deren kraftvoller Thätigkeit, geduldiger Arbeit und großer Opferfreudigkeit der errungene, sozialpolitisch bedeutsame Erfolg zu verdanken ist, haben sich um die Sache des Proletariats wohl verdient gemacht.

Der erste nationale Kongreß der Bergarbeiter Deutschlands tagte am 26. und 27. Dezember in Essen. Er beschloß auf Grund eingehender und sachlicher Verhandlungen: die dringende Nothwendigkeit der Einführung der Achtstundenschicht, einschließlich der Ein- und Ausfahrt, das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in den Bergwerken, das Verbot von Ueberschichten, die Schaffung eines einheitlichen deutschen Berggesetzes, einer einheitlichen Knappschaftskasse und Arbeitsordnung, sowie die Einsetzung von staatlich besoldeten Grubenkontrollleuten, welche von den Arbeitern frei gewählt werden. Zur Frage einer Vereinigung aller Organisationen beschloß der Kongreß, den Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter als richtige Organisation anzuerkennen und mit aller Energie für seine Kräftigung zu wirken. Wir werden in einem besonderen Artikel auf den sehr wichtigen Kongreß zurückkommen, auf welchem unter Andern auch über die Frauenarbeit in den Bergwerken geradezu schmachvolle Zustände zu Sprache kamen.

Dem Verdienste seine Krone, der Krone ihre Dotation. Der König von Preußen erhielt bis zum Jahre 1888 eine Kron-dotation von 12 1/2 Millionen Mark. In Anbetracht der Theuerungs-verhältnisse erhöhte das Abgeordnetenhaus im genannten Jahre diese Dotation auf 15 919 296 Mark. Bayern hat eine Kron-dotation von 5 647 913 Mark, Sachsen eine solche von 3 332 036 Mark. Auch die Landesväter der übrigen deutschen „engeren Vaterländer“ sind bezüglich ihrer Kron-dotationen nicht geradezu schlecht gestellt. Die Kron-dotationen sämmtlicher deutschen Fürsten werden zusammen auf 40 Millionen Mark veranschlagt. Der Präsident der Schweiz hat ein Jahresgehalt von 12 000 Mark, derjenige der riesigen nordamerikanischen Republik ein solches von 200 000 Mark und der französische Präsident bezieht jährlich 1 440 000 Mark. Das Gottesgnadenthum ist uns Deutschen mit Recht eine „theuere“ Einrichtung.

Die Großzüchtung einer Schuhkonkurrenz für die Arbeiterinnen der Plauen'schen Stickereien scheint erfolgreich vor sich zu gehen. Wie der Fabrikantenverein der Spitzen- und Stickerei-Industrie mittheilt, hat er bis jetzt 165 Arbeiterinnen von auswärts in den Fabriken untergebracht. Da außerdem ohne seine Vermittlung mehrere Hunderte von Arbeiterinnen nach Plauen gekommen sind, so beträgt die Zahl der auf dem Markt erschienenen auswärtigen weiblichen Arbeitskräfte 500 bis 600. Nun können die Herren Fabrikanten daran gehen, frisch, fromm, fröhlich, frei, nach echter internationaler Kapitalistenfittie die „Stickerei-Industrie zu heben“, d. h. die Löhne der Arbeiterinnen bedeutend herabzudrücken und dadurch ihre sakrosankten Profite zu steigern. Denn das war und ist des Pudels Kern.

Zum Kapitel vom Wahnwitz des Progenthums. Bekanntlich werden im Winter die Pferdebahnschienen in den meisten Städten vom Schnee durch Salz befreit, das diesen rasch zum Schmelzen bringt. Da in der Folge die Füße der Hunde leicht wund werden, so ist ein „findiger“ Kopf auf den Gedanken gekommen, die theuren Nero's und Dianas durch Gummischuhe zu schützen. Diese Gummischuhe sind sehr theuer und kommen natürlich nur an die Pfoten „edler“ Thiere, plebejische Köter gehen nach wie vor „barfuß“. Gummischuhe für Hunde! Wie lichtvoll illustriert diese Thatsache nicht den Wahnwitz des Progenthums und den Wahnwitz unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Hunde werden fürsorglich mit Schuhen bekleidet, vorausgesetzt natürlich, daß es „bessere“ Hunde, „vornehme“ Hunde, Hunde „von Klasse“ sind. Hunderttausende von Kindern gehen ohne Schuhe oder mit zerrissenem Schuhwerk durch Wetter und Wind, weil es Kinder der „Kanaille“, Kinder der Klasse sind, für welche bei dem jetzt üblichen „Theilen“ nur die Knochen des gesellschaftlichen Reichthums abfallen, den sie selbst erzeugt.

Ihr Schäfchen ins Trockene bringen auch die Leipziger Zwischenmeister der Konfektionsbranche, natürlich auf Kosten der Arbeiterinnen. Die Firma Steckner zahlt z. B. dem Zwischenmeister 12, 14 und 15 Mark für einen Mantel, für dessen Anfertigung dieser die Arbeiterin mit 5 bis 6 Mark entlohnt. So kommt es, daß der „Herr Meister“ in der Woche nicht selten 200 Mark „verdient“, während sich die Arbeiterin mit einem Verdienst von 7 bis 8 Mark begnügen muß. Auf Seiten der Arbeiterin die Entbehrungen, auf Seiten des Unternehmers der Lohn, so kommt der von den Bourgeoisökonomien vielbefungene „Entbehrungslohn“ des Kapitalisten zu Stande.

Den Kämpfern für Ordnung, Familie und Eigenthum kommt als Material zur Begründung der „Umsturzvorlage“ sicherlich der folgende Brief sehr gelegen, den die „Berliner Volks-Zeitung“ in deutscher Uebersetzung veröffentlichte, und den eine polnische Dienstvermittlerin an einen Grafen D. in Lemberg sandte. Er lautet:

„Hochmögender Herr Graf!

Ich teile Ew. Hochwohlgeb. Hochedelgeb. mit, daß ich ein Stubenmädchen für Sie habe, es ist ein Mädchen von herrlichem Körperbau, — — — — — wunderschönen — — — — —, eine Brünette mit schwarzen, großen Augen, sie hat eine sammtweiche Haut wie ein Käzchen. Es zählt 17 Jahre und stammt aus der besseren Klasse. Ein derartiges Prachtexemplar hatte ich schon lange nicht; ersuche daher Ew. Hochwohlgeb. Herrn Grafen, sich zu beeilen; ein Mädchen von solcher Klasse, die alles schön hat, ist selten zu finden. Heute um 8 Uhr ist sie zu treffen, der Herr Graf werden sicher an ihr Gefallen finden und sie eine Zeit lang aushalten.

Ihre ergebenste Dienerin M. L.“

Pfui Teufel!!

Bei den letzten Wahlen zu dem Londoner Schufrath waren seitens der „Sozialdemokratischen Föderation“ drei und seitens der „Arbeiterpartei“ zwei Kandidatinnen aufgestellt worden. Eine von ihnen, Frau Bridges Adams, unterlag mit der großen Minorität von 16 638 gegen 19 604 Stimmen. Die übrigen kandidirenden Frauen erhielten zwischen 1303 und 9217 Stimmen.

Frauenstimmrecht in den Vereinigten Staaten. Nach Wyoming und Colorado hat nun kürzlich auch das den Vereinigten Staaten einverleibte Utah auf Antrag aller Parteien den Frauen das Stimmrecht verliehen. Die Staaten Kansas, North Dakota und Illinois werden voraussichtlich gleichfalls demnächst die nämliche Reform durchführen. In Deutschland ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts allen Parteien — mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie — ein Greuel und Scheuel, im besten Falle eine Thorheit nur. Die deutschen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben es noch nicht einmal bis zu einer einmüthigen und energischen Forderung der politischen Rechte gebracht. Dafür ist das deutsche Klassenbewußte Proletariat, ohne Unterschied des Geschlechts, von der Bedeutung und Nothwendigkeit der politischen Gleichberechtigung der Frau durchdrungen und wird sie erkämpfen trotz der erbärmlichen Schwäche der deutschen Frauenrechtleri und trotz der bornirten Kraft des zopfigen deutschen Philisters.

Kuittung.

Zu Agitationszwecken 20 Mark durch Genossin Heidtmann in Ottenfen erhalten zu haben, bescheinigt dankend

Die Frauen-Agitationskommission Berlin.

Zur Beachtung.

Alle für die Berliner Frauen-Agitations-Kommission bestimmten Briefe, Geldsendungen zc. sind zu richten an:

Hlu. Ottilie Baader, Berlin NO,
Weberstraße 24, Hof, Querg., 1 Treppe.

Die zahlreichen Glückwünsche,

welche mir zum Neujahr zugegangen sind, erlaube ich mir auf diesem Wege herzlich dankend zu erwidern.

Stuttgart.

Clara Zetkin.